

**Sechzig Jahre NATO – Bündnis mit Zukunft oder Formel von Gestern?
(Vortrag vor dem Münchner Herrenclub am 23. April 2009 in München;
nach dem NATO-Gipfel von Strassburg und Baden-Baden überarbeitete
und aktualisierte Version des Vortrages vor der Clausewitz Gesellschaft
am 25 März 2009 in Berlin)**

Es gilt das gesprochene Wort

1. Einführung

Wäre nicht der Gipfel von Strassburg und Baden-Baden und der damit verbundene Europa-Besuch Präsident Obamas gewesen, dann hätte wohl die Gefahr bestanden, dass die Gründung der NATO, des wohl erfolgreichsten Bündnisses der Geschichte, im April 1949, in diesem an Jahrestagen so reichen Jahr 2009 hätte untergehen können. Die Deutschen gedenken des Ausbruchs des II. Weltkrieges vor siebenzig Jahren, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor sechzig Jahren und des Falls der Berliner Mauer vor zwanzig Jahren, Ereignissen die präsenter sind als die NATO-Gründung. Doch sie würden damit dem Bündnis, dem sie so viel zu verdanken haben und das sich zu Recht als eines der erfolgreichsten der Weltgeschichte bezeichnet nicht gerecht.

Ich möchte deshalb an den Beginn meines Vortrages, der letztlich der Zukunft der NATO gilt, einen kurzen Rückblick auf die sechzig Jahre Atlantische Allianz stellen, deren Entwicklung ich in drei Phasen sehe, die des Kalten Krieges, die des

Übergangs zu einem Europa ohne Konfrontation und dann die an 9/11 beginnende Phase der NATO im Kampf gegen den Terror.

Am Anfang stand zweifelsohne was Lord Ismay ebenso treffend wie zynisch ausdrückte: „ Keep the Russians out, the Americans in and the Germans down.“

Doch die sich schon bald entwickelnde und seitdem fortbestehende Aufgabe der NATO lässt sich in drei Sätzen skizzieren:

1. Sie muss das Bündnisgebiet kollektiv verteidigen können,
2. sie ist das Forum für transatlantische Konsultation in Krisen aller Art und
3. sie trägt dazu bei, dass Streitigkeiten unter Bündnispartner nicht außer Kontrolle geraten.

Es gibt nun durchaus Stimmen in Europa, die meinen, die NATO habe ihre Mission erfüllt und sie solle aufgelöst werden, weil ihr Gegner, die Sowjetunion und der Warschauer Pakt verschwunden sind. Andere sagen, entweder getrieben vom Neid der Ohnmächtigen oder geleitet von der mancherorts üblichen notorischen Gleichsetzung von Absichten und Fähigkeiten, die NATO sei ein Instrument zur Durchsetzung amerikanischer Dominanz in Europa und in einem zusammenwachsenden Europa überflüssig. Diese Leute zeigen, dass sie weder die Wirklichkeit im Bündnis kennen noch bereit sind zu akzeptieren, dass es in allen Bündnissen zu allen Zeiten den Grundsatz gab, dass der Einfluss dem Beitrag entspricht. Beide Gruppen kritischer Stimmen übersehen aber vor allem, dass Deutschland und Europa durch die NATO sechzig Jahre lang Nutzen aus der amerikanischen Bereitschaft gezogen haben, Europa als Teil amerikanischer Sicherheit zu sehen und den Schutzschirm der „erweiterten“ nuklearen Abschreckung (Extended Deterrence) über Europa aufzuspannen. Ohne dieses Engagement der USA wäre weder die deutsch-französische Aussöhnung noch der Aufbau der EU gelungen. Im Kalten Krieg haben damit vor allem die USA Krieg in

Europa gegenüber einer immerhin bis 1988 Angriff unter Einschluss eines nuklearen Erstschlages planenden Sowjetunion verhindert. Was für ein Erfolg das ist wird erst wirklich deutlich, wenn man sich eine Statistik des Jahres 1934 noch einmal in Erinnerung ruft, danach gab es in insgesamt 3400 Jahren mehr oder weniger bekannter Geschichte der Menschheit gerade einmal 234 Jahr ohne Kriege auf der Welt. Lassen Sie mich an dieser Stelle aber auch erinnernd einfügen, dass es der selbstlose Dienst von Millionen von Soldaten aus acht NATO-Nationen war, der geholfen hat, uns den Frieden zu erhalten und nie in unserer Geschichte gekannten breit verteilten Wohlstand anzuhäufen. Wer von den Deutschen weiß denn, dass Tag für Tag und Nacht für Nacht in vierzig Jahren Kalten Krieges Soldaten an der Innerdeutschen Grenze Patrouille führen, dass der Luftraum lückenlos überwacht und Abfangjäger in Minuten-Bereitschaft gehalten und dass deutsche U-Boote schussbereit auf dem Grund der Ostsee lagen und auf die Invasionsflotten warteten, die aus sowjetischen und polnischen Häfen ausgelaufen wären um Schleswig-Holstein und Dänemark anzugreifen? Diese Menschen haben gedient, damit viele von uns verdienen konnten.

Nach Ende des Kalten Krieges waren es erneut die USA, die nach Zerfall der früheren Sowjetunion den friedlichen Übergang in ein Europa ohne Konfrontation durch Programme wie PfP und, nach anfänglichem Zögern, durch Erweiterung der NATO organisierten. Sie waren es auch, die den Frieden in Europa wiederherstellten als sie sich entschlossen, im Rahmen der NATO die jugoslawischen Sezessionskriege erst in Bosnien und dann im Kosovo zu beenden, Kriege, die nicht zuletzt möglich wurden weil Europa ebenso großmülig wie unentschlossen war. Die dritte Phase der Entwicklung der NATO begann, als die USA nach 9/11 den Krieg gegen den Terrorismus aufnahmen. Darüber und insbesondere über dem Krieg im Irak zerbrach die „Pax Americana“ in Europa und die NATO nahm Schaden von

dem sie sich bis heute nicht völlig erholt hat. Es nimmt daher nicht Wunder, dass die schon am Ende des Kalten Krieges aufgeworfene Frage nach der Zukunft der NATO und nach einer Sicherheit Europas ohne die USA wieder gestellt wird. Präsident Obama hat beim NATO Gipfel sehr eindeutig die Bereitschaft Amerikas bekräftigt auch künftig an der Seite Europas zu stehen, hat allerdings auch unzweideutig verlangt, dass Europa seine Anstrengungen verstärken muss. Man braucht Europa in Washington, aber die drängenden Probleme sind Iran, Nordkorea, Afghanistan und Nahost, Europa mag der eine oder andere als angeblich befriedet zur Seite legen. Doch dieses Europa ist nicht befriedet und schlimmer noch, es ist noch immer nicht in der Lage, seine Sicherheit in die eigenen Hände zu nehmen. Zum einen geht das wohl wirklich nicht, weil die meisten Probleme globaler Natur sind und Europa weder heute noch in der vorhersehbaren Zukunft im ganzen Spektrum der Politik global handeln kann, zum anderen hat man sich in Europa viel zu sehr an die bequeme Formel gewöhnt, dass die Aufgabe, für Sicherheit für Europa zu sorgen weitgehend Sache der USA sei. Man klagt in Europa oft und gerne über eine angebliche amerikanische Hegemonie, tut aber nichts um Europas Fähigkeiten so zu stärken, dass aus einer recht gütig ausgeübten Vorherrschaft ein Verhältnis zweier gleichberechtigter Partner wird. Als Folge ist die Wahrnehmung von Gefahren in Europa kaum ausgeprägt, dementsprechend fehlen viele der zum Schutz nötigen politischen und militärischen Fähigkeiten, es fehlt an Einigkeit unter den Staaten Europas und vielerorts leider auch der Wille sich in einer turbulenten, wahrlich aus den Fugen geratenen Welt zu behaupten und sich notfalls entschlossen zur Wehr zu setzen. Die Fragestellung meines Themas ist daher mehr als berechtigt, andererseits muss man auch gleich zu Beginn sagen: So sehr es richtig ist, dass die Sicherheitsprobleme dieser Welt nur noch in internationaler Zusammenarbeit zu lösen sind, so richtig ist es eben auch, dass die Sicherheitsproblem der Zukunft auf

keinen Fall mit militärischen Mitteln allein zu lösen sein werden. Die heutige NATO ist also gewiss nicht die Organisation, die allein die richtige Antwort wäre, aber Staaten allein können in der Welt von heute die Sicherheit ihrer Bürger erst Recht nicht gewährleisten, noch nicht einmal die USA können dies.

Ich möchte deshalb die gestellte Frage so beantworten, dass ich zunächst die aktuellen Krisen betrachten, dann die längerfristig wirkenden Gefahren und dabei immer frage, ob man dazu noch die NATO braucht oder ob es bessere Wege aus der Gefahr gibt.

2. Die aktuellen Krisen

Ich beginne meinen Blick auf die aktuellen Krisen, das mag überraschen, nicht mit Russland und dem Kaukasus. Ich glaube nicht, dass es in der vorhersehbaren Zukunft militärische Konflikte mit Russland geben wird, vorausgesetzt Europas Bündnis mit Amerika bleibt intakt. Die Gefahren in Europa sehe ich in den ungelösten Konflikten auf dem Balkan und im Kaukasus sowie an der Peripherie Europas. Denen kann man nur mit dem begegnen, was man hat, also NATO und EU. Beide sind ohne die USA nicht wirksam, Sicherheit für Europa ohne die USA gibt es gegenwärtig also nicht.

Die relative Ruhe auf dem Balkan darf nicht als Lösung der Probleme gesehen werden, denn mehr als Provisorien haben wir noch nicht erreicht. Europa muss daher auf dem Balkan engagiert bleiben und muss Wege finden, über die Integration Serbiens in die EU zu dauerhaften Lösungen zu kommen, Europa muss aber auch Wege finden den albernen Vorbehalt Griechenlands im Namensstreit um die NATO-Mitgliedschaft Mazedoniens aufzulösen.

Mehr aber als auf dem Balkan hat Russlands gewaltsame Veränderung der Grenzen Georgiens, ein Handeln über das man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf, in den jungen Demokratien Europas alte Ängste neu entstehen lassen. Sie

suchen und sie brauchen Versicherung, Versicherung, die ein sogar Eventualfall-Planungen in der NATO verweigerndes Europa nicht bieten kann. Deswegen suchten Polen und Tschechien den Ausweg bilateraler Vereinbarungen mit den USA zur Raketenabwehr. Die Raketenabwehr war dabei Nebensache, es ging ausschließlich um den Schutz der USA vor Russland und Russlands Zetern wegen zehn amerikanischer Raketen hatte auch nur einen Grund: Es wollte keine amerikanische Präsenz vor seinen Türen. Peinlich in dieser Debatte war nur, wie viele Deutsche sich ahnungslos wie immer, aber sicher gutwillig zum Sprachrohr Moskaus machten.

Doch die brennenden Krisen sind die des Nahen Ostens und deshalb ist die dringlichste Frage die der Stabilität des erweiterten Nahen Ostens, der Schlüsselzone der Weltpolitik der näheren Zukunft. Keine der dort anstehenden Fragen darf in Isolation gesehen werden und keine ist ohne das Engagement der USA lösbar.

Die vielleicht noch einfachste ist Irak, wo es zu gelingen scheint, so etwas wie eine zwar noch brüchige, doch zum Teil schon belastbare Stabilität herzustellen.

Doch im Nahen Osten haben sich seit 2003 die Machtverhältnisse fundamental verändert. Zur Staatenwelt ist ein in seiner Vielschichtigkeit kaum erfassbarer Akteur hinzugetreten, der politische Islam, und das politische Zentrum ist der Golf mit den beiden rivalisierenden Mächten Saudi-Arabien und Iran geworden. Dort muss die Lösung der Probleme im Nahen Osten gesucht werden, nicht im politischen Sumpf Palästina.

Iran

Im Iran liegt auch das dringlichste Problem, weil es eben über der Nuklearfrage zum globalen Problem werden könnte. Es besteht noch immer eine Chance, doch noch eine friedliche Lösung im Konflikt über das iranische Nuklearprogramm zu erreichen.

Der Iran verfolgt ohne jeden Zweifel entgegen all seinen Behauptungen ein Atomwaffen-Programm. Atomwaffen zu besitzen ist keineswegs nur ein Ziel des amtierenden iranischen Präsidenten, es war das Ziel iranischer Führer seit dem Schah, daran dürfte sich nichts ändern. Der Iran dürfte in diesem Jahr in der Lage sein, die Schwelle zum Bau einer Nuklearwaffe zu überschreiten. Die Anreicherung des bis dahin produzierten Reaktorbrennstoffs in waffenfähiges HEU könnte bald beginnen oder sie hat schon begonnen. Von da an sind es nur noch Monate bis zum Besitz einer, wenn auch zunächst noch recht primitiven Atomwaffe. Die Trägerraketen dafür, die Israel und sogar die östlichsten Teile Europas erreichen können, besitzt Iran bereits. Die Alarmglocken schrillen deshalb in Israel, denn für Israel ist eben schon eine Bombe eine existentielle Gefahr. Keine israelische Regierung wird angesichts der Vernichtungsdrohungen durch Präsident Ahmadineschad dieser Entwicklung tatenlos zusehen, eine Regierung Netanjahu gewiss nicht, doch nur die USA könnten Israel von einseitigem Handeln abhalten. Das aber kann nur gelingen, wenn eine intelligente Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche angeboten wird. So müssten Russland und China ihr den Iran eher förderndes denn behinderndes Verhalten aufgeben, es müssten sich Alle endlich voll hinter die Forderungen des UNSC stellen, die UN müssten neue, verschärfte Sanktionen beschließen und diese müssen dann auch von Allen umgesetzt werden. Würden die USA als Startschuss die bisherigen Vorbedingungen fallen lassen und ein neues Paket für den Iran aus Sicherheitsgarantien und wirtschaftlichen und politischen Anreizen und einem umfassenden Lösungsansatz für Nahost anbieten, dann bestünde vielleicht die Chance einer Gesichtswahrenden Lösung. Würde gleichzeitig durch die USA und SAA versucht, Syrien zu erneuten Gesprächen mit Israel zu bewegen, dann könnte ein Anreiz entstehen, der auch für Israel verlockend wäre. Angesichts der jüngsten Gewalt im Gaza-Streifen ist das allerdings noch viel

schwerer geworden, denn weder die Hamas noch ihre Geldgeber in Teheran scheinen Interesse an einer dauerhaften Konfliktlösung zu haben, die bisherigen Antworten Teherans auf das Gesprächsangebot Präsident Obamas scheinen dies zu belegen. Terrororganisationen wie Hamas oder Hisbollah leben von Konflikt, Regierungen, die ihre innenpolitischen Versprechen nicht gehalten haben, tun dies auch. Hemmungen, Menschen in ihrer Gewalt als Geisel zu nehmen, kennen beide nicht. Hinzukommt das Interesse des Iran auf Zeit zu spielen, um seine aggressive, schiitisch motivierte Politik in Ägypten, in Marokko und in Westafrika fortzusetzen. Sie macht die sunnitischen Araber, allen voran Saudi-Arabien zunehmend besorgt, weil sie um die Stabilität ihrer Herrschaft fürchten.

Doch die Nuklearkrise könnte zur globalen Krise werden: Gelingt es nicht, Iran an der Schwelle zur „virtuellen“ Atomkraft wenigstens einzufrieren, dann könnte dann die relativ stabile Welt des Atomwaffensperrvertrages mit fünf erklärten und drei bis vier unerklärten Atomwaffen-Staaten zu Ende gehen, denn die Folge des iranischen Griffes zur Bombe könnte die nukleare Bewaffnung von Staaten wie Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten, vielleicht auch der Türkei sein. Das Ergebnis wäre eine höchst instabile Welt, in der die Folgen aus dem Bau von 1400 neuen Kernkraftwerken bis 2050 nicht mehr zu kontrollieren wären und in der man dann auch den Einsatz von Nuklearwaffen durch einen der möglicherweise vielen neuen Nuklearwaffen-Staaten nicht mehr völlig ausschließen könnte. Das ist die weltpolitische Dimension der Iran-Krise. Sie zeigt wie dringlich eine Lösung ist und wie richtig Obamas Prager Vision einer atomwaffenfreien Welt ist. Diese Krise vor Europas Haustür belegt allerdings auch, dass weder Europa noch die NATO dort etwas bewirken können, es sind allein die USA, die eine Lösung erreichen können.

Afghanistan

Doch auch in Afghanistan drängt die Zeit. Im Sommer stehen Wahlen an, das bedeutet Spannungen. Hunger und Gewalt sind heute der Alltag, auch im Norden. Die Menschen sind unzufrieden, denn nach fast sieben Jahren ist landesweit allenfalls punktuelle, aber keine deutliche Besserung der Lebensbedingungen eingetreten. Sie sehen zunehmend die Fremden als unerwünschte Besatzer. Die Taliban, von denen vermutlich weniger als zehn Prozent unbelehrbare Eiferer sind, haben Zulauf. Zudem gibt ihnen die Instabilität im benachbarten Pakistan, dem gegenwärtig vielleicht instabilsten Land der Welt, einen idealen Ruheraum in den Stammesgebieten an der Grenze. Einige, durchaus maßgebliche Kräfte in Pakistan dulden dies seit Jahren nicht nur, sie fördern es sogar, weil sie Indiens Engagement in Kabul als Gefahr für den Einfluss Pakistans in seinem strategischen Hinterland Afghanistan sehen. Beschränkung auf Afghanistan und einfach mehr NATO Soldaten ist daher keine Lösung. Das Argument, es gäbe nur rund 2000 Taliban und dafür reichten ja wohl 60.000 NATO Soldaten aus, können wir als schlicht beiseite legen. Man muss sicher versuchen, den harten unbelehrbaren Kern der Taliban zu identifizieren und auszuschalten, aber ob und wie verlässlich man „gute“ Taliban erkennen kann, das ist eine völlig offene Frage und ob die irakische Formel lokaler Milizen in Afghanistan greift, ist völlig offen. Das Problem ist ein zutiefst politisches. Die Afghanen sehen in der ihnen übergestülpten fremden Ordnung einer „starken“ Zentralregierung nicht „ihre“ Lösung und der bislang ungestörte Teufelskreis aus Drogenhandel, Waffenhandel und Korruption erzeugt Unsicherheit, schwächt die von Korruption gewiss nicht freie Zentralregierung, treibt das Land immer mehr in die Hände rivalisierender Warlords und gibt den Taliban das Geld, das sie zur Finanzierung ihrer Mitläufer brauchen. Die gültige Strategie muss deshalb aufbauend auf den bisherigen, unbestreitbaren Erfolgen noch einmal überprüft und zu einer mit einer „counterinsurgency strategy“ verknüpften Aufbaustrategie gemacht werden, die

allerdings auch klar sagt, dass die fremden Truppen gehen werden, sobald die Afghanen ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen können. Ziel einer neuen Strategie sollte es sein gemeinsam mit gemäßigten Afghanen und unterstützt von paschtunischen Kräften in den FATA eine afghanische, vermutlich dezentrale Ordnung zu suchen, die afghanischen Regionen und die Sicherheitsorgane, also Militär und Polizei, zu stärken und in internationaler Kooperation den kriminellen Teufelskreis aus Drogenhandel, Korruption und Bewaffnung der Warlords zu durchbrechen. Wenn diese Strategie greift, dann könnte man den Abzug der ausländischen Soldaten ankündigen, auf keinen Fall früher, und dann kann das sichere Umfeld entstehen, in dem die Sicherheit Schritt für Schritt Verantwortung der Afghanen und gleichzeitig der Wiederaufbau des Landes weiter vorangebracht wird. Sonntagsreden über vernetzte Sicherheit genügen daher nicht, denn vernetzte Sicherheit bedeutet eben auch, erst Sicherheit zu schaffen und dann Aufbauhilfe zu leisten. Demzufolge muss man gemeinsam mit den Verbündeten im gesamten Spektrum handeln, auch wenn das zusätzliches Risiko bedeutet. Diese Forderung wurde in Strassburg nicht glasklar erhoben, weil man auch in Washington um innenpolitische Nöte der Verbündeten weiß, aber sie kommt erneut auf Alle zu. Das hierzulande übliche Maximum eines Weiter so spielt den Taliban in die Hände. Sie beobachten unsere politische Landschaft sorgsam und je mehr Unentschlossenheit sie sehen desto größer wird die Gefahr terroristischen Handelns hier oder in Afghanistan. Die Forderung nach voller Risiko- und Lastenteilung im Bündnis ist aber auch aus strategischen Gründen berechtigt, denn zum einen gibt es keine Teillösungen in Afghanistan. Die Hoffnung, ein ruhiger Norden werde den Süden schon stabilisieren entbehrt jeder Grundlage. Afghanistan wird entweder als Ganzes gewonnen oder verloren, doch verloren darf es nicht werden, denn dann entstünde eine neue Brutstätte des Terrorismus. Zum anderen darf es in einem Bündnis keine

Aufgabenteilung geben, in der die Einen kämpfen und das volle Risiko tragen und die Anderen gelegentlich zwar auch kämpfen, aber doch ein deutlich geringeres Risiko auf sich nehmen, aber dennoch volle Mitentscheidung beanspruchen. Eine solche Aufgabenteilung ist langfristig der Tod eines jeden Bündnisses.

Im Übrigen ist Afghanistan längst ein regionales Problem geworden, dessen Lösung die Mitwirkung Pakistans, des Iran, Indiens, der zentralasiatischen Nachbarn und Russlands verlangt. Europa ist hier gefordert, auch weil es Europa, allen voran Deutschland waren, die im Jahr 2002 gefordert haben, Afghanistan zur NATO-Operation zu machen.

Afghanistan kann im engen Zusammenwirken der internationalen Gemeinschaft und der Staaten in der Region durchaus noch ein Erfolg werden. Die NATO muss sich allerdings mit ihrer Teilaufgabe begnügen: Sie muss die Sicherheit schaffen, die den Wiederaufbau des in dreißig Jahren Krieg zerrütteten Landes erlaubt, und sie ist die einzige Organisation, die das kann.

Nahost

Gelänge es aber, Iran und Afghanistan einer Lösung zuzuführen und im Irak die gegenwärtige brüchige Ruhe zu wahren, dann könnte man eine Friedenslösung für den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern gestalten. Das soll aber nicht heißen, dass man so lange warten kann oder darf. Durch den jüngsten Konflikt in Gaza, aber auch durch die Wahlen in Israel sind Lösungen unglaublich schwer geworden. Die Palästinenser sind gespalten und damit staatsunfähig und Israel ist politisch so instabil, dass es zu Zugeständnissen kaum in der Lage ist. Die Hamas hat mit der Macht der Bilder aus dem Krieg vergessen machen können, dass sie die Unruhestifter sind. Der beste Beweis: Dass seit dem Ende der Kampfhandlungen schon wieder hunderte von Raketen auf Israel gefeuert wurden nimmt bei uns kaum jemand wahr. Israel hat zwar seine Abschreckungskraft wiederhergestellt, aber die

Aussicht auf politische Stabilität in den Wahlen verloren. Derzeit sind die politischen Gewinner die Fundamentalisten in der arabischen Welt, sie sind gestärkt worden. Jede Lösung des Nahost-Konflikts verlangt amerikanische Führung und europäisches Engagement. Vor allem verlangt sie sofortiges Handeln, weil dafür wohl die gesamte Amtszeit des neuen Präsidenten gebraucht werden wird und weil Israel aus demographischen Gründen die Zeit unter den Fingern zerrinnt, denn in etwa zehn Jahren dürften die in Israel lebenden Araber die stärkste Volksgruppe sein. Zunächst einmal gilt es aber den Weg zu einer Lösung zu ebnen. Die setzt voraus, dass die Regierung Israels zur Zwei-Staaten-Lösung steht und dass die Palästinenser zu einer Einheit finden, die Israels Existenz als jüdischer Staat in der Region anerkennt. Das zu erreichen ist vor allem die Aufgabe der USA und der Saudis. Die NATO wie Europa spielen bei der Lösung der Krise keine Rolle, aber die NATO könnte bei der Umsetzung eines Abkommens eine Rolle spielen.

Russland

Doch obwohl keine Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen der NATO und Russland besteht, weil Russland dazu militärisch viel zu schwach ist, muss man das Verhältnis zu Russland betrachten, wenn man die Frage nach der Zukunft der NATO beantworten will.

Es besteht keine Gefahr für einzelne NATO Staaten, solange die NATO geschlossen bleibt und sich die glaubwürdige Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung erhält. Das allerdings geht nur mit den USA, eine autonome europäische Verteidigung des EU Gebietes ist weder kurz- noch mittelfristig machbar. Doch die Funktion einer Rückversicherung gegenüber Russland allein reicht nicht aus um den langfristigen Erhalt der NATO zu rechtfertigen und dürfte auch nicht genügen, um die Zustimmung der Amerikaner zu ihren europäischen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Das Problem mit Russland ist psychologischer Natur. Das Putin'sche Russland handelt aus einem Gefühl gedemütigten Stolzes. Russland möchte Nummer Zwei auf der Welt sein. Man ärgert sich über die relativ niedrige Priorität in der Agenda Obamas. Um wichtiger genommen zu werden glauben Russlands Regenten aus einer Position der Stärke handeln zu müssen. Diese Stärke haben sie aber nicht, denn in Wirklichkeit ist Russland eher schwach:

1. Es kann nur Waffen und Rohstoffe exportieren und letztere auch nur dann über 2011 hinaus, wenn der so genannte Westen bei der Modernisierung der Förder- und Transportanlagen hilft.
2. Es steht in einer nicht unbeträchtlichen, aber immer noch nicht zugegebenen wirtschaftlichen Krise, die durch fallende Ölpreise noch verschärft werden könnte.
3. Seine bisherigen Militärreformen sind gescheitert, was die keineswegs beeindruckende Leistung der russischen Streitkräfte in Georgien belegte. Die kürzlich angekündigte neue Reform könnte erneut zum Fehlschlag werden, weil nun die Finanzierung fraglich werden dürfte und man vermutlich wieder nicht die kopflastige Personalstruktur ausdünnen wird.
4. Russland steht vor einer demographischen Katastrophe, die zu immer weniger Russen an den verwundbarsten Grenzen führen wird.

Doch Moskau fühlt sich stark. Eines der zentralen Probleme europäischer Sicherheit bleibt deshalb, einen Weg partnerschaftlicher Kooperation mit Russland zu finden, ohne ihm eine eigene Einflusszone oder ein „droit de regard“ zu Entscheidungen anderer Staaten einzuräumen. Russland muss wissen, dass das Tor der NATO offen bleibt und dass es die Rücknahme getroffener Entscheidungen nicht erzwingen kann, aber man kann über den Zeitpunkt des Vollzugs reden, denn ein Beitritt zur NATO kann doch nur erfolgen, wenn er für das Bündnis einen Zugewinn an

Sicherheit, nicht aber an Problemen bedeutet. Europa muss hier helfen, nicht als Mittler, dafür ist es nicht mächtig genug und zu gespalten, doch es könnte seine Erfahrung einbringen um gemeinsam mit den USA das Verhältnis zu Russland gestalten. Dazu braucht man Geduld. Man muss sich erinnern, dass man einem schwachen Gegner nicht von ihm subjektiv als Demütigung empfundene einseitige Entscheidungen zumuten darf, man muss mit ihm sprechen und ihm durch eine gemeinsame Vision eine helfende Hand geben.

Bei dieser Aufgabe spielt die NATO eine entscheidende Rolle, denn nur wenn die durch sie garantierte Bereitschaft der USA weiterhin der Garant europäischer Sicherheit zu sein Bestand hat, wird man die jungen Demokratien Europas gewinnen können diesen Weg mit zu gehen, einen Weg, der nicht frei von Rückschlägen sein kann. Die NATO ist somit nicht nur Garant europäischer Sicherheit, sondern sie ermöglicht eine Kooperation mit Russland ohne Angst vor Russland.

Die längerfristigen Gefahren

Doch all die bisher genannten Aufgaben geben der NATO keine langfristige Bestandsgarantie. Lassen Sie mich deshalb einen Blick auf einige der längerfristigen Gefahren und Risiken werfen.

Die Welt war schon vor den aufwühlenden Entwicklungen seit Anfang August 2008, erst im Kaukasus, dann auf den weltweiten Finanzmärkten und schließlich zum Jahresende in Nahost in einem Prozess anhaltenden Wandels, ausgelöst durch dramatische, Grenzen und Kontinente überschreitende, alle Lebensbereiche erfassender Veränderungen. Es ist eine aus den Fugen geratene Welt, in der es noch keine Ordnung und keine überzeugende Formel für unsere Sicherheit gibt. So mancher politische Gernegroß redet vage von einer multipolaren Welt, aber noch Niemand hat erläutert wie man in ihr Stabilität erreichen könnte. Andere tragen die in ihrem Inhalt keineswegs neue Formel der vernetzten Sicherheit vor sich her, werden

aber leise, wenn es darum geht die dafür nötigen Instrumente zu schaffen oder den Willen zu zeigen, sie entschlossen und nicht immer kooperativ einzusetzen.

Lösungen sind also nicht in Sicht, aber es gibt doch eine gute Nachricht: Ein großer Krieg in Europa, dem Schlachtfeld unzähliger Kriege seit 300 Jahren, ist so gut wie ausgeschlossen. Eine gute Nachricht ist auch, dass in diesem noch jungen Jahrhundert mehr Menschen als je zuvor unter Regierungen leben, die sie selbst gewählt haben. Ein vor sechzig Jahren kaum zu ahnender technischer und wissenschaftlicher Fortschritt hat die Lebensbedingungen vielerorts revolutionär verändert, moderne Kommunikation und globaler Verkehr ließen die Welt zusammenwachsen und sie haben der Freiheit den Weg gebahnt. Natürlich gibt es nach wie vor Spannungen zwischen großen wie kleinen Staaten, aber die Mehrzahl der Staaten unserer Welt lebt in Frieden miteinander.

Und dennoch überwiegt in unserer Welt die Unsicherheit. Zu viele Menschen sind einfach aus der Bahn gerissen und es gibt noch immer zu viele ungelöste territoriale, ethnische und religiöse Konflikte. Hinzu kommen die Zunahme von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Wanderungsbewegungen als Folge von Armut, Bevölkerungswachstum oder Klimawandel, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Gefahr von Pandemien und die zunehmende Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen wie Energie und Wasser.

In dieser Lage wird die Welt von der seit Generationen schwersten Rezession geplagt. Zwar kommen noch immer mehr als sechzig Prozent der Weltwirtschaftsleistung aus den USA und aus Europa, aber der so genannte Westen ist angeschlagen, Wachstum findet in den Schwellenländern statt, nicht in den Industrieländern. Das größte Sicherheitsproblem unserer Tage ist deshalb und bis auf weiteres die wirtschaftliche und finanzielle Lage unserer Staatenwelt, sie kann die Stabilität der Staaten von Innen zerstören. Rasche Besserung ist nicht in Sicht, die

Welt steht noch immer am Abgrund. Wir Alle wissen nun wie rasch die Kontrolle verloren gehen kann und man beginnt zu begreifen, dass aus einer Finanzkrise Staatskrisen, ja Demokratiekrisen werden können. Staaten und internationale Organisationen könnten zerbrechen. Leider, das wird Sie kaum überraschen, könnte es in der Zukunft noch mehr Krisen dieser Dimension geben, denn der Welt stehen weitere globale und oft dramatische Veränderungen bevor.

Drei langfristige Entwicklungen, die zu Krisen und Konflikten führen können, sind heute erkennbar: Demografische Verschiebungen, Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen und Klimawandel.

Als erste dramatische, seit langem bekannte, aber politisch vernachlässigte Veränderung sind die weltweiten demographischen Umwälzungen zu nennen. Sie werden vor allem Europas Gesellschaften gewaltigen Belastungen aussetzen.

Europas Bevölkerung nimmt ab und wird älter. Sie dürfte um 2050 im Durchschnitt 50 Jahre alt sein, während die Bevölkerung Nordamerikas zunehmen und das heutige Durchschnittsalter von 37 Jahren bewahren wird.

Russlands Bevölkerungsabnahme auf bis dahin möglicherweise weniger als 100 Millionen ist noch dramatischer und sie kann sich durch die weitere Ausbreitung von Aids und TBC sogar noch beschleunigen. Die heute noch rund sechs Millionen ethnischer Russen, die das nahezu menschenleere, aber unglaublich rohstoffreiche Sibirien bevölkern, werden hilflos zusehen müssen wie sich die heute rund vier Millionen illegalen chinesischen Immigranten weiter vermehren dürften.

In Asien wird Indien schon bald das bevölkerungsreichste und zugleich das Land der Welt sein, das mehr Akademiker sein eigen nennen darf als jedes andere Land, aber eben auch die meisten Analphabeten. In China wird die Bevölkerung überaltern und mit den Spätfolgen der „Ein-Kind-Politik“ ringen, während die Gesellschaft mit mehr als 150 Millionen Arbeitslosen, 200 Millionen gegenwärtig zum Teil gerade

freigesetzten Wanderarbeitern, einer unglaublichen Umweltverschmutzung und einer rasant zunehmenden Urbanisierung fertig werden muss. China braucht ein Wirtschaftswachstum von etwa acht Prozent pro Jahr um die innere Lage ruhig und unter Kontrolle zu halten, die Aussichten dafür sind allerdings düster.

Bevölkerungswachstum und Verjüngung der Gesellschaften werden wohl nur Afrika, - und das trotz Krieg und Aids -, die arabische Welt und Südamerika erleben. Daraus könnten Migrationswellen entstehen, die vor allem Europa treffen dürften. Diese Entwicklungen sind nicht mehr umkehrbar und sie werden besonders in Europa Spannungen auslösen, denn die Sozialsysteme werden nicht mehr finanzierbar sein die meisten europäischen Länder werden sich Einwanderern öffnen müssen.

Die zweite Entwicklung ist die Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen. Blutige Konflikte um keineswegs überlebenswichtige, aber industriell unentbehrliche Rohstoffe sieht man schon heute. Die Konkurrenz um wirklich überlebenswichtige und immer knapper werdende Rohstoffe, an der Spitze Wasser, Gas und Öl, wird aber noch viel härter werden. Es wird Konflikte geben, denn Europa, Indien und China können auf gesicherte Energie-Importe nicht verzichten. Europa wird selbst dort, wo man klugerweise an Atomenergie festhält, seinen Energiebedarf nicht durch erneuerbare Energien decken können und so wird Energiesicherheit für Europa viel wichtiger werden als für die USA, die durch Nutzung neuer Technologien und bislang ungenutzter Potentiale kaum erpressbar sein werden. Europa muss Wege suchen seine Abhängigkeit zu vermindern, einer davon könnte eine Renaissance der Kernkraft sein.

Mehr aber noch als Energiesicherheit dürfte weltweit gesehen der Kampf um Wasser die Konfliktursache der Zukunft werden. Schon heute decken 40 % der Menschheit ihren Wasserbedarf aus ausländischen Quellen, eine Milliarde Menschen hat überhaupt keinen Zugang zu dem, was wir Trinkwasser nennen. Treffen die

Schätzungen der Weltbank zu, wonach der Lebensmittelbedarf bis 2030 um 50 % steigen wird, dann könnte der Kampf um Wasser auch ohne Klimawandel gnadenlos werden. Bedenken wie Sie dabei nur, dass man 10.000 Liter Wasser braucht, um nur ein Kilo Rindfleisch zu erzeugen.

Trend Nummer drei sind Klimawandel und Umweltbelastung. Auch sie dürften zu Krisen und Konflikten führen. Ein Beispiel: Klimaveränderung dürfte mehr als ethnische oder religiöse Fragen zum Krieg in Darfur geführt haben, diese Tragödie ist vielleicht der erste Klimakrieg. Sollten die Prognosen zur Erderwärmung wahr werden, dann wird man Wanderungsbewegungen und als Folge noch mehr Konflikte dieser Art sehen. Schätzungen nach denen um 2020 etwa 250 Millionen Afrikaner von Hunger, Durst und Unterernährung getrieben auf der Flucht sein werden, sprechen eine deutliche Sprache. Wie so oft werden in solchen Konflikten die Schwachen zu Terrorismus greifen und die organisierte internationale Kriminalität, darunter auch Piraterie, wird blühen. Daneben wird es Umwelt verursachte Konflikte zwischen Staaten geben, man denke nur an offene Fragen wie die zwischen Russland und Norwegen strittige Aufteilung des ölreichen Kontinentalschelfs vor Spitzbergen oder die Frage wie neue Seewege in den möglicherweise eisfrei werdenden arktischen Meeren zu kontrollieren sind. Immerhin könnten nördlich des Polarkreises 25 % der Weltreserven an Öl und Gas liegen und die Nordmeerroute nach Asien wäre 5.000 NM, also eine Woche, kürzer als der Weg durch den Suez-Kanal.

Diese Entwicklungen werden zu Konflikten führen, auch zu bewaffneten. Sie könnten sogar neue Formen von Regierungsorganisation erzwingen, weil die Probleme nicht mehr in den engen Grenzen von Ministerien, oft noch nicht einmal mehr auf nationalem Level zu lösen sein werden. Es wird also mehr internationale Zusammenarbeit nötig sein, obwohl die Neigung der Nationen wächst, zunächst

einmal nationalstaatlich zu handeln, und das obwohl die Gestaltungsfähigkeit der Nationen schrumpft.

Ein weitere Grund für Ressort- und Staatsgrenzen überschreitendes, koordiniertes Handeln kann, ja wird aus dem rasanten Fortschritt in der Biologie entstehen.

Ansteckende Krankheiten, bisher eine Folge natürlichen Waltens, könnten zur Waffe in der Hand des Menschen werden. Das Wissen um tödliche biologische Kampfmittel dürfte exponentiell wachsen und zugleich wird es leichter werden, diese Mittel einzusetzen. Fehlende medizinische Gegenwehr und unzureichende, weil nationale Gesundheitssysteme könnten die Völker dieser Welt in kaum vorstellbarer Weise verwundbar für Bio-Terrorismus machen.

Europa wird all diese Veränderungen unmittelbar miterleben, Konflikte in Europas Umfeld sind deshalb nahezu unvermeidlich.

Diese künftigen Konflikte werden oftmals durch ein Nebeneinander des Handelns staatlicher und nicht-staatlicher Akteure gekennzeichnet sein, wobei Letztere zunehmend über das volle Gewaltpotential der Staaten verfügen dürften. Das Gewaltmonopol der Staaten wird zerbrechen und die nicht-staatlichen Akteure werden ohne jede Bindung an Recht oder sittliche Norm handeln, während die Staaten in ihrer Abwehr an diese Normen gebunden bleiben müssen.

Viele künftige Konflikte dürften innerstaatlich und lokal beginnen, einige könnten anfänglich herkömmliche Kriege sein und fast alle werden als „war amongst the people“, als Krieg mitten unter den Menschen, geführt werden. Viele Konflikte werden schnell regionale manchmal sogar globale Bedeutung erlangen. Die Bereitschaft der Regierungen, ja nahezu der Zwang, Konflikte vorbeugend weit außerhalb ihrer Region einzudämmen, könnte zunehmen, aber die Fähigkeit der Völker solches Handeln zu verstehen und über relativ lange Zeiträume mit zu tragen dürfte abnehmen.

Hinzu kommen, zusätzlich zum bereits erwähnten Bio-Terrorismus, zwei weitere Gefahrenquellen: Nukleare Proliferation und Cyber Operations. Die Welt wird bis 2050 eine Renaissance von Kernkraftwerken erleben, bis zu 1400 neue KKW sollen ans Netz gehen. Deren Nebenprodukt können auf Plutonium beruhende Atomwaffen sein. Obamas Prager Vorschlag eine Welt frei von den zurzeit vorhandenen 25.000 Atomwaffen anzustreben, im Kalten Krieg waren es 65.000 gewesen, und seine Vereinbarung in London mit Medwedjew eine Folgeabkommen für START I zu verhandeln sind daher ebenso richtig wie zeitgerecht. Die Vision eines Global Zero und eine Verringerung der Sprengköpfe auf beispielsweise je 1000 könnten helfen die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern. Aber man darf auch keinerlei Illusionen haben: Was man sicher erreichen kann ist eine Welt mit viel, viel weniger Atomwaffen, aber selbst dafür braucht man vermutlich Jahrzehnte. Ob man dann den Schritt auf Null so gehen kann, dass Stabilität gewahrt bleibt, das muss man sehen. Wie das gehen soll, weiß zurzeit noch Niemand. Bis dahin aber muss man nukleare Abschreckung aufrechterhalten, um jeden Einsatz von Kernwaffen zu verhindern, auch das hat Obama in Prag gesagt. Aus Obamas Prager Rede zu folgern, nun müsse man ganz rasch und einseitig die wenigen verbliebenen Atomwaffen aus Ländern wie Deutschland abziehen, zeugt von einem schon gefährlich gering ausgeprägten Verständnis des Problems wie man Sicherheit für ein Land wie unseres in einer Welt voller Atomwaffen schaffen kann und ist ein weiterer Beleg der deutschen Verengung von Sicherheitspolitik auf Abrüstung, eine Haltung über die der Rest der NATO allenfalls noch lächelt. Im Übrigen, diese Forderung zu erheben ohne sie mit einem Rüstungskontrollansatz zu verbinden, der auch die noch immer nur auf Europa gerichteten russischen Waffen einbezieht, ist ebenso unverantwortlich wie leichtfertig.

Eine andere neue Gefahr, Terrorismus und organisierte Kriminalität verstärkend, entsteht aus der zunehmenden Anwendbarkeit von Cyberwar durch Staaten und nicht staatliche Akteure. Cyberwar macht einen Paradigmenwechsel der Strategie möglich, weg von der Vernichtung des Gegners, hin zur strategischen, möglicherweise präventiven Lähmung der Machtpotentiale. Die Entwicklung ist atemberaubend. Waren es 2000 noch 4 Gbps, die zur Lähmung von Systemen anwendbar waren, so sind es heute, nur acht Jahre später, bereits 16 Gbps. Man sollte gründlich beurteilen, welche Möglichkeiten damit beispielsweise dem organisierten internationalen Verbrechen offen stehen

Das 21. Jahrhundert wird leider ein unruhiges Jahrhundert werden. Die Staatenwelt wird auf der Suche nach einer neuen Ordnung nur sehr langsam begreifen, dass kein Staat der Welt, auch nicht der Mächtigste, auf sich allein gestellt seine Menschen schützen kann. Alle wissen, dass weder militärische Mittel allein noch pazifistischer Verzicht auf sie Frieden sichern kann. Die Zukunft gehört den internationalen Organisationen, aber die Mächtigen dieser Welt tun sich schwer, dort Schwächeren Einfluss zu geben und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Aber auch die Schwachen tun sich schwer, denn sie müssen Teile ihrer Souveränität abgeben und sie müssen Beiträge leisten, wenn sie Mitsprache haben wollen.

Auf den ersten Blick scheint die NATO, die ja nur über militärische Mittel verfügt, gegenüber diesen neuen Gefahren keine Sicherheit zu bieten, also doch eine Formel von Gestern? Nein, denn ein zweiter Blick zeigt ihren einzigartigen Vorteil: In Zeiten globaler Gefahren braucht Europa, das allein mit globalen Krisen weder jetzt noch in der vorhersehbaren Zukunft fertig werden kann, einen globalen Partner. Der einzige Partner Europas der in Frage kommt sind die USA und sie sind mit Europa in der NATO zu einem Bündnis gegenseitiger Verteidigung verbunden. Deshalb bietet die NATO auch gegenüber den neuen Gefahren einen gewissen, wenn auch

unvollkommenen Schutz. Man muss also an ihr festhalten. Die NATO wird damit zwar nicht automatisch zum Bündnis mit Zukunft, aber sie wird zur Grundlage und zum Ausgangspunkt der Weiterentwicklung transatlantischer Sicherheit und für die Übergangszeit bis man eine tragfähige Form transatlantischer Sicherheit gefunden hat zum Garanten transatlantischer Sicherheit.

Man könnte das Mandat des Gipfels von Strassburg und Baden-Baden eine neue Strategie zu entwickeln also auch als Auftrag verstehen, eine solche zugegeben weit reichende Reform einzuleiten. Lassen Sie mich deshalb trotz der geschilderten und gewiss bedrückenden Realitäten die Zuversicht festhalten, dass Sicherheit zu schaffen ist solange ein starkes und geschlossen handelndes Europa eng mit den Demokratien Nordamerikas verbunden bleibt.

4. Wege zur Sicherheit für Europa.

Der Weg aus der Gefahr beginnt mit der Gewissheit, dass Europa hat durch seine Einbindung in die NATO und mit der EU die Garanten für Frieden und Sicherheit in Europa geschaffen. Krieg zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und EU ist undenkbar. Es ist eine Zone gemeinsamer Sicherheit von Brest-Litowsk bis Vancouver entstanden. Doch der stärkste Partner, die USA, hat Glaubwürdigkeit verloren, ist in eine lange Auseinandersetzung mit dem globalen Terrorismus verstrickt und ist wirtschaftlich angeschlagen. Es ist nun ein Partner, der die Unterstützung Europas braucht und sie als Gegenleistung für die Bereitschaft, auch künftig in und mit der NATO der Garant europäischer Sicherheit zu sein auch verlangt. Dies ist die Ausgangslage für die Reform, in der als Erstes festzulegen ist, welche Aufgaben die Allianz künftig haben soll.

Es bietet sich an, der NATO drei Aufgaben zuzuweisen:

1. Sie muss in der Lage sein, das Bündnisgebiet kollektiv zu verteidigen;

2. sie ist das erste Forum für transatlantische Konsultation in Krisen aller Art sein und sie muss

3. im vollen Spektrum gemeinsamer transatlantischer Krisenbewältigung und unter Nutzung aller Mittel der Politik handeln, dort zu handeln wo die Bündnispartner dies beschließen.

Daneben muss die NATO auch weiterhin dazu beitragen, dass Streitigkeiten unter Bündnispartner nicht außer Kontrolle geraten und sie muss in Zeiten zunehmender Gefahr der Proliferation von Nuklearwaffen dafür sorgen, dass neue Schritte zum Abbau vorhandener Nuklearwaffen und zur Verhinderung von Proliferation unternommen werden. Die NATO muss sich aber auch mit neuen Aufgaben befassen wie Energiesicherheit, wie Eindämmung von neuen Gefahren durch Cyberwar, Bio- Terrorismus und Rüsten im Weltraum und sie muss Sicherheit durch Kooperation über die Bündnisgrenzen hinweg stärken.

Diese Aufgaben gehen weit über das bisherige Spektrum einer auf die Anwendung militärischer Mittel beschränkten Allianz hinaus und sie verlangen weit mehr Zusammenarbeit mit Dritten als bislang üblich, allen voran der EU. Das Bündnis muss aber eine regionale, transatlantische Allianz bleiben, die allerdings, so nötig und politisch beschlossen, auch global handeln kann.

Das wäre die Umsetzung dessen, was in den Kommuniqués so oft als vernetzte Sicherheit oder comprehensive security beschworen wird. Als Ergebnis der Reform der NATO könnte eine Zone der Stabilität und Kooperation vom Atlantik bis über den Ural hinaus entstehen, sofern es gelingt neue Formen der Zusammenarbeit mit der EU, aber auch mit Russland zu finden.

Was die NATO dazu braucht ist mehr als die bislang übliche, stark militärisch ausgerichtete Strategie, sie braucht zu Beginn ihres siebten Jahrzehnts eine „Grand Strategy“, in der alle Instrumente der Krisenbewältigung, vor allem auch nicht-

militärische, und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere der EU, auf das Ziel der Verhinderung bewaffneter Konflikte ausgerichtet werden. Würde diese Strategie dann durch das Schaffen der entsprechenden Fähigkeiten umgesetzt, dann entstünden ein starkes Europa und ein stärkeres Nordamerika. Das ist im Interesse beider Seiten, denn ein stabiles, mit den USA fest verbundenes Europa gewinnt den Handlungsspielraum in allen Feldern der Politik auch global agieren zu können und zugleich erhöht ein starkes Europa die Handlungsfähigkeit der USA. Beide, Europäer wie Amerikaner würden durch ein Mehr an Sicherheit und Stabilität gewinnen.

5. Fazit

Der NATO sollte nun eine grundlegende Reform einleiten, in der Bewährtes wie kollektive Verteidigung und der Leim des Bündnisses, die faire Teilung von Risiken und Lasten, erhalten bleiben und Neues gestaltet wird.

Das Neue sollte die Vision eines Bündnisses der Staaten Europas und Nordamerikas sein, die von gleichen Werten und Überzeugungen ausgehend bereit sind, sich gemeinsam gegen alle Formen von Gefahr zu schützen ohne irgendjemandem ihr Modell aufzwingen oder ihre Region ausweiten zu wollen, die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen suchen und die gemeinsam und mit ihren Partnern daran arbeiten, die Zone gemeinsamen Schutzes von Finnland nach Alaska zur Grundlage für eine mit Russland zu gestaltende Zone gemeinsamer Sicherheit von Vancouver nach Wladiwostok zu machen.

Dies wäre nach der alten Maxime, dass Sicherheit zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit Alles Nichts ist, die solide Basis für die umfassende Zusammenarbeit Europas und der USA in den globalen Fragen unserer Zeit, dem Kampf gegen Hunger und Wassermangel, dem Kampf gegen die Folgen der Erderwärmung und dem Kampf gegen Seuchen und Pandemien.

Schlussbemerkung

Doch das Alles macht nur Sinn, wenn auch der politische Wille vorhanden ist in der Krise gemeinsam und entschlossen zu handeln und wenn nötig auch Härte zu zeigen. Dazu muss man gestalten und prägen wollen, muss man agieren und nicht nur reagieren. Das war die Rolle, die Deutschland bis zum Beginn dieses Jahrhunderts in der NATO spielte, zu einer Zeit, in der die deutschen Beiträge im Gegensatz zum Heute für die NATO noch unverzichtbar waren.

Ich glaube, dass man für einen kühnen Reformansatz Mehrheiten gewinnen kann. Ich glaube auch, dass man den Willen zum Tragen der damit verbundenen Lasten erzeugen kann, wenn man den Menschen die bestehenden Gefahren nüchtern aufzeigt und man gangbare Wege aus der Gefahr weist. Die sind möglich, aber man muss den Menschen sagen, dass der Wille sich zu schützen, sich zu behaupten, notfalls auch zu kämpfen und Krisen und Konflikte durchzustehen bis die Gefahr beseitigt ist, der Schlüssel zum Frieden ist. Ohne diesen Willen gibt es weder ein starkes und gemeinsam handelndes Europa noch eine auch in der Zukunft zum Schutz unserer Nationen befähigte NATO.

Das größte Defizit in unserem Land ist gegenwärtig, dass dieser Wille fehlt, weil wir hier und in vielen Teilen Europas dazu neigen den uns unangenehmen Teil der Wirklichkeit verdrängen und dafür diejenigen kritisieren, die sich der rauen Realität stellen. Das zu ändern ist wichtiger für den Erhalt der transatlantischen Allianz und für den Aufbau eines handlungsfähigen Europa als Verteidigungshaushalte oder andere nachrangige Fragen. Wir sollten uns erinnern, was den Erfolg der sechzig Jahre Bundesrepublik Deutschland begründete: Es war der Wille der Deutschen, sich den Widrigkeiten zu stellen, Widerstand zu überwinden, anzupacken und den Risiken zu trotzen, nicht aber ihnen als Trittbrettfahrer auszuweichen. Das ist das Vermächtnis der alten Bundesrepublik. Erinnern wir uns und packen wir noch einmal

an, dann können wir auch unseren Kindern und Enkelkindern Frieden und Sicherheit erhalten. Wir sollten deshalb nicht verzagt in die Zukunft sehen. Wir sind im mächtigsten Bündnis dieser Welt gut aufgehoben, wir müssen es allerdings an eine völlig veränderte Welt anpassen und es stärken, aber wir können damit Frieden schaffen. Das sollte unsere Verpflichtung gegenüber der im April sechzig Jahre alt werdenden NATO sein, der wir Deutsche mehr zu verdanken haben als jede andere Nation der NATO, nämlich die längste Friedensperiode unserer Geschichte.